

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Mittwoch, 19. Jänner 1938

Nr. 15

## Ein Kabinett Chautemps

### Radikalsozialistische Regierung mit sozialistischer Unterstützung

Paris. Dienstag um 22 Uhr stellte der designierte Ministerpräsident Camille Chautemps dem Präsidenten der Republik Lebrun sein neues Kabinett vor, das wie folgt zusammengesetzt ist:

Ministerpräsident: Camille Chautemps  
Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Nationalverteidigungsminister: Eduard Daladier  
Staatsminister: Georges Bonnet (mit der Verwaltung der volkswirtschaftlichen Angelegenheiten betraut) und Frossard (Republikanisch-sozialistische Vereinigung)  
Inneres: Albert Sarraut  
Justiz: Campinchi  
Finanzen: Marchandeau  
Auswärtiges: Yvon Delbos  
Kriegsmarine: William Bertrand  
Flugwesen: Guy la Chambre  
Handel: Pierre Cot  
Pensionen: Laffalle  
Landwirtschaft: Chapsal  
Vollberziehung: Jean Fay  
Post: Gentin  
Arbeit: Ramadier (Republikanisch-sozialistische Vereinigung)  
Kolonien: Steeg  
Öffentliches Gesundheitswesen: Nucart  
Öffentliche Arbeiten: Duenisse  
Handelsmarine: Eibel

Kammerfraktion nach wie vor Grundlage der Regierungsbearbeitung.

Su den ungelärten Problemen, auf die man in den nächsten Tagen eine Antwort erwartet, gehört das Verhalten der Kommunisten. Eine Zusammenarbeit zwischen ihnen und Chautemps ist kaum mehr vorstellbar. Auch die sozialistisch-kommunistischen Beziehungen haben sich in Folge der persönlichen Angriffe verschlechtert, denen Léon Blum während der Ministerkrise ausgesetzt war und derenwegen der sozialistische

Parteilührer ein Ehrengericht des gesamtstaatlichen Volksfront-Komitees angerufen hat. Trotz dem Beschluß des Kleinen Kongresses besteht die Autorität Léon Blums und der übrigen hervorragenden Persönlichkeiten der Partei unverändert weiter. Es liegt im Wesen der französischen Arbeiterbewegung, daß man den Menschen auch dann Vertrauen entgegenbringt, wenn man über tatsächliche Fragen nicht immer mit ihnen übereinstimmt. Der Kleine Kongress hat den sozialistischen Ministern des vergangenen Chautemps-Kabinetts einstimmig die Entlastung gegeben und auch die Demission Paul Faures als Generalsekretär, die übrigens hinausgeschoben wurde, braucht noch keine endgültige zu sein.

## Die Beratungen der Sozialisten

### Blum in der Minderheit / Rücktritt Paul Faures

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei (der sogenannte „Kleine Kongress“) beriet bis in die Morgenstunden des Dienstag. Die Sitzung war reich an dramatischen Momenten, besonders als der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, seinen Rücktritt erklärte, weil die Mehrheit des Parteirates nicht die Vorschläge der Parteivorstandsmehrheit billigte.

Léon Blum legte eine Resolution vor, die es bedauert, daß eine dem Ebenbild der Volksfront entsprechende Regierung nicht gebildet werden konnte, aber, da es eine solche Regierung nicht geben kann, vom Nationalrat verlangt, daß er seine Vertreter ermächtigt, an einer Regierung teilzunehmen, die sich auf eine Mehrheit stützt, die auf dem Programm und der Disziplin der Volksfront fußt. — Dieser Resolution gemäß sollten also die Sozialisten an einer von Chautemps zu bildenden, auf die Volksfront gestützten Regierung teilnehmen. Aber diese Entschlieung wurde abgelehnt und eine von Graziani vorgelegte, welche die Regierungsbeteiligung ablehnt, mit 6830 Stimmen angenommen. Eine wesentlich radikalere Resolution Riberts, welche die Bekämpfung jeder außerhalb der Volksfrontmehrheit gebildeten Regierung verlangte, bekam nur 1300 Stimmen.

Die Resolution Graziani schloß wohl eine Regierungsbeteiligung aus, nicht aber eine Unterstützung der von Chautemps zu bildenden Regierung. Die sozialistische Kammerfraktion hat denn auch, in der Erkenntnis, daß vorläufig eine andere Lösung der bereits fünf Tage währenden Regierungskrise nicht möglich ist, eine von Dormoy vorgelegte Resolution angenommen, in welcher die Bildung einer unter der Leitung Chautemps', Vertreters einer Volksfront-Partei, stehenden Regierung, gebilligt wird. Diese Entschlieung, die auch die Unterstützung der Regierung Chautemps beinhaltet, wurde mit 86 gegen 24 Stimmen angenommen.

Merkenstwert ist, daß der „Manchester Guardian“, eines der klügsten englischen Blätter, den Versuch Léon Blums, eine Regierung der nationalen Koalition, also eine über die Volksfront hinausreichende starke republikanische Regierung zu bilden, als fatalistisch und Tat unwürdig, wenn der Versuch auch gescheitert ist. „Es war notwendig, diese Idee zu lancieren. Blums begannen war möglicherweise vor allem als Warnung an gewisse Staaten gerichtet, daß Frankreich eines Tages im Notfall schwerer eine solche Koalition zustande bringen könne.“

## Franco-Offensive bei Teruel

Barcelona. (Ag. Esp.) Das Verteidigungsministerium gibt bekannt:

Der Feind hat mit aller Kraft seine Offensivbewegung auf Teruel wieder aufgenommen, nach einer Pause, die ihm die großen Verluste im Laufe seines ersten Versuches auferlegt hatten. Montag morgens 10 Uhr hat er einen heftigen Angriff in der Richtung auf die Höhen von Coladas unternommen, mit Unterstützung eines sehr heftigen Artilleriefeuers und einer großen Menge von Flugzeugen. Unsere Linien haben eine leichte Einbußung südlich von El Petron erlitten. Unsere Luftgeschwader beschossen Rebellenmaschinen aus ihren Maschinengewehren und nahmen den Kampf mit einer großen Zahl Rebellenflugzeuge auf. Die Luftschlacht war sehr hart und langwährend. Sie endete mit günstigen Resultaten für uns. Wir haben fünf feindliche Flugzeuge abgeschossen, zwei von ihnen, Fiat, sind in unsere Linien abgestürzt. Wir haben zwei Jagdflugzeuge verloren.

## Gegenoffensive gegen italienischen Rat

Barcelona. (Ag. Esp.) In den Militärkreisen der Regierung wird unterstrichen, daß der Angriff, den Franco befohlen hatte, um der belagerten Garnison von Teruel zuzuhilfen, lebhaft Unzufriedenheit seiner italienischen Ratgeber hervorgerufen hat. Diese haben sich einer solchen Gegenoffensive sehr heftig widersetzt, die die Rebellen tausende Menschen gekostet hat. Der Meinung seiner Ratgeber nach hat Franco den Fehler wiederholt, den er bereits gemacht hatte, als er den Belagerten im Alcazar von Toledo zuhelfen, statt seinen Marsch auf Madrid fortzusetzen. Recht hatten die Ratgeber vorgeschlagen,

statt ohne Erfolg eine Gegenoffensive zu unternehmen, sofort eine Offensive auf Madrid zu beginnen, die mit Erfolg nicht mehr durchgeführt werden konnte.

## Erfolg bei Guadalajara

Madrid. Die republikanischen Truppen eroberten am Montag ein ausgedehntes Gebiet im nördlichen Teil der Provinz Guadalajara in der Umgebung von Saccorbo, nordöstlich von Cifuentes und Fontanaja. Trotz des gegnerischen Widerstandes besetzten die Regierungsabteilungen die Coten 1151, 1172 und 1140.

## Sabotage in den Docks von Portsmouth?

London. Zur Untersuchung der innerhalb kurzer Zeit auf dem in den Docks von Portsmouth liegenden Kreuzer „Birmingham“ ausgebrochenen Brände wurde eine Kommission bestellt, die feststellen soll, ob es sich um einen Sabotageakt handelt. Der neueste Brand gelang dadurch an Bedeutung, daß seit dem 1. Dezember 1937 in den Docks von Portsmouth insgesamt vier Brände ausgebrochen sind, hievon zwei auf der „Birmingham“, einer auf dem Kreuzer „Edinburgh“ und einer auf dem Minenleger „Dee“. Alle Brände konnten von der Befehlsabteilung gelöst werden.

## Niemöller-Prozeß am 7. Feber

Berlin. Wie bekannt wird, ist die Hauptverhandlung gegen den Pfarrer Niemöller aus Berlin-Dahlem am den 7. Feber in Berlin anberaumt worden. Pfarrer Niemöller wird heimtückischer Angriffe gegen Staat und Partei, fortgesetzten Mißbrauchs der Kanzel zu politischen Zwecken und öffentlicher Aufforderung zum Ungehorsam gegen staatliche Befehle beschuldigt.

## Aus dem Inhalt:

Die Internationale gegen den japanischen Raubzug  
33 Schüler verbrannt  
Schweigen um Sebekovsky  
12 Milliarden-Ausfuhr im Jahre 1937

## Das russische Parlament

Als der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow im Feber 1935 auf die Notwendigkeit der Demokratisierung der Sowjetverfassung hinwies und eine Reform ankündigte, die die Vorzüge des westeuropäischen Parlamentarismus mit denen des Sowjetismus vereinigen sollte, wurde dieser Schritt allgemein als eine verheißungsvolle Wendung in der politischen Entwicklung der Sowjetunion begrüßt. Dieser Schritt ging parallel mit der Wendung in der sowjetrussischen Außenpolitik, die auf die Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien hinsteuerte, wie auch mit der grundrühlichen Säuberung der kommunistischen Internationale, die im Sommer 1935 die Notwendigkeit der Verteidigung auch der bürgerlichen Demokratie anerkannte.

Inzwischen sind in den letzten zwei Jahren Ereignisse eingetreten, die die Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Sowjetunion und auf einen Abbau der Diktatur stark herabgemindert haben. Angesichts der neuen Welle des Terrors und der Selbstzerfleischung der herrschenden Schicht der Sowjetunion hat der eine zeitlang herrschende Optimismus einen tiefen Pessimismus Platz gemacht, der die außenpolitische Rolle der Sowjetunion sehr ungünstig beeinflusst.

An diesem Pessimismus trägt in starkem Maße auch die Art und Weise Schuld, mit der der innere Gehalt der angekündigten Reform auf ein Mindestmaß herabgedrückt wurde. Schon in dem Verfassungsentwurf vom Jahre 1936 wurde der Monopolcharakter der kommunistischen Partei auch bei den künftigen Wahlen unterstrichen. Um die deswegen entstehenden Besorgnisse zu zerstreuen, erklärte Stalin in seinem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Howard am 1. März 1936 förmlich:

„Es befremdet Sie, daß bei diesen Wahlen nur eine Partei auftreten wird. Sie sehen nicht, wie unter diesen Umständen ein Wahlkampf möglich sein wird. Offenbar wird nicht nur die kommunistische Partei Kandidatenlisten bei den Wahlen aufstellen, sondern dies werden auch alle möglichen gesellschaftlichen Organisationen tun, von denen es bei uns Hunderte gibt.“ („Pravda“, 6. März 1936).

Stalin erklärte also kategorisch, daß bei den Wahlen ein wirkliches Wahlsystem stattfinden werde, in dem die kommunistischen Kandidaten mit den parteilosen Kandidaten der gesellschaftlichen Organisationen in Wettbewerb treten würden. Dem entsprach auch der Artikel 56 der am 10. Juli 1937 publizierten Wahlordnung, wonach das Recht der Kandidatenaufstellung außer den kommunistischen Parteiorganisationen auch den Gewerkschaften, den Genossenschaften, den Jugendorganisationen, den Kulturverbänden und anderen gesetzlich registrierten Organisationen“ zuerkannt wurde. Gleichzeitig gewährte der Artikel 57 der Wahlordnung das Recht der Kandidatenaufstellung auch den allgemeinen Versammlungen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, der Rotarmisten in den Truppenteilen und der Bauern in den Kollektivwirtschaften. Auf diese Artikel weist denn auch der offizielle Kommentar zur Wahlordnung von S. A. Molotow als besonders deutlichen Beweis der Demokratisierung der Sowjetunion hin. (Siehe „Prager Presse“, 7. Dezember 1937.)

Leider sind diese Artikel, die unter anderen Verhältnissen der Ausgangspunkt einer wirklichen Demokratisierung hätten bilden können, durch die Praxis der Diktatur in ihr Gegenteil verkehrt worden. Im Oktober gab der Generalsekretär Wschinski — der Ankläger in allen Moskauer Monstreprozessen — eine offizielle Auslegung des Art. 56 des Wahlgesetzes, die das gesamte Verfassungswort Stalin auf den Kopf stellte. „Obwohl das Wahlgesetz“, schrieb er, „genau den Kreis der Organisationen umschreibt, die das Recht zur Aufstellung von Kandidaten in den Obersten Rat besitzen, so erhebt sich doch heute die Notwendigkeit, diese Frage noch genauer zu bestimmen.“ Und er gab — sichtlich im Auftrag Stalins — diese „Bestimmung“ dahin, daß alle „öffentliche Organisationen oder Vereinigungen der Werktätigen“ nur solche verstanden werden dürfen, die die „weitere Entwicklung der sozialistischen Erfolge und Siege“ gewährleisten. Damit waren den Behörden alle Vollmachten erteilt worden, jeden mißliebigen Kandidaten, be-









